

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 13.600, wöchentlich 3800, durch Boten bezogen 14.000, bei Postbezug 14.000 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Verkäufe nachmittags. Einzelnummer 600 M., Sonnabends 600 M. Alle Preise freibleibend und Soldatent. Gehalt 18 654. Bestellschelle: Kaiserstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird l. Gehalt geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der gewöhnliche Millimeter Satzraum 400 M. und der gewöhnliche Millimeter Reklameraum 1600 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 1000 % in Rechnung genommen. Hefengebühr 1200 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenkatalog vom 1. 10. 1923. Sammelanzeigen Sonderzettel. Fernsprecher Nr. 10.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Batsch

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 155.

Donnerstag, den 5. Juli 1923.

163. Jahrgang.

Belgien vermittelt zwischen England u. Frankreich

Die belgische Antwort.

Paris, 5. Juli. Ueber die vorgewiesenen Unterredungen Lord Curzon's mit dem französischen und dem belgischen Vorkämpfer in London wird offiziell das strengste Stillschweigen beobachtet. Nur so viel wurde bekannt, daß Graf Saint-Aulaire dem englischen Minister Außenküste über eine Reihe der von England gestellten Fragen geantwortet hat, ohne eine schriftliche Antwort zu überreichen. Lord Curzon soll weitere Aufklärungen verlangen und zum ersten Male den Wunsch nach schriftlichen Aufzeichnungen ausgesprochen haben. Auch der belgische Vorkämpfer hat, wie aus Brüssel gemeldet wird, nicht eine schriftliche Note seiner Regierung überreicht; dagegen aus eigenem Ermessen eine rein persönliche Aufzeichnung zur Unterstützung seines mündlichen Vortrages übergeben. Imbrigen scheint es, daß der belgische Vorkämpfer eine Vermittlerrolle spielt und eine Konferenz der verbündeten Ministerpräsidenten ausgeregt hat. Auch das wird jedoch aus Brüssel als ein rein persönlicher Schritt bezeichnet.

Brüssel, 5. Juli. Der Minister des Auswärtigen hat vorgestern den Vorkämpfer in London beauftragt, die belgische Antwort auf die englische Fragestellung zu übergeben. In der Note befinden sich die beiden Fragen: Was versteht die belgische Regierung unter der Beendigung des passiven Widerstandes? und Welche Form der Weisung soll an der Ruhr eingeführt werden, wenn dieser passive Widerstand aufhört? Die Antwort der belgischen Regierung auf diese Fragen ist gleichlaufend mit der französischen. Unter der Überschrift des passiven Widerstandes versteht die belgische Regierung das gegenwärtige Verhalten der belgischen Regierung an die Bevölkerung zurückgezogen werden und ebenso sollen die Beziehungen aufhören, die gemacht wurden, um die Streitenden zu unterstützen. Außerdem soll die deutsche Regierung die Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nennen, um die Sicherheit der Belgier an der Ruhr zu gewährleisten. Wenn Deutschland formell sich bereit findet, soll die deutsche Regierung die Zahl der Truppen auf die abfolot notwendige belgische Stärke vermindert werden, die zur Sicherheit der belgischen Zivilbeamten an der Ruhr notwendig ist.

Die Berliner Besprechungen.

Nuntius Paacelli beim Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem Nuntius Paacelli statt. Der Vertreter des Heiligen Vaters drückte den Wunsch des Papstes zum Ausdruck, daß die Regierung sich gegen die Sabotageakte wenden möchte. Die Regierung ist ihm so eher in der Lage, diesem Wunsch nachzugeben, als gerade der Reichskanzler zu wiederholten Malen sich gegen solche Akte ausgesprochen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem französischen Vorkämpfer stattfinden. Gestern wurden auch die Führer der Sozialdemokratie, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Zeugnationsnationalen vom Reichskanzler und dem Reichsaussenminister empfangen. In den Besprechungen über die außenpolitische Lage wurden diese Fragen, die mit dem belgischen Nuntius besprochen werden, erörtert. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wohlweislich noch heute Abend in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die ehrendienst Angehörigen, voraussichtlich mit Ausnahme der Zeugnationsnationalen, eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer einheitlichen Ausdrucksweise im Reichstage noch vor Beginn der Ferien laut geworden. Der Reichskanzler machte die Führer der Fraktionen auf die außenpolitischen Fragen aufmerksam und wurde in einer Sitzung darüber entschieden, werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich die Mitarbeit ihrer Führer, die der Meinung des Reichskanzlers sich nicht verweigern könnten, zu eigen macht. In den Besprechungen war von dem Abgeordneten Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichskanzler oder den Reichsaussenminister über die mit Paacelli verhandelten Fragen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung abgelehnt. Auch wünscht die Regierung keine gemeinsame internationale politische Ausdrucksweise, die sich heute oder morgen im Reichstage bei der Erörterung der Steuerordnungen entscheiden könnte.

Deutschland fordert Aufklärung in Rom.

von Bergen beim Papst.

Rom, 4. Juli. Infolge des Papstbriefes und des Telegramms des Nationalratssekretärs an den Nuntius in München hat sich der deutsche Vorkämpfer beim Papst ein Brief an den Nuntius gegeben und ist vom Papst empfangen worden. Er legte ihm die Haltung seiner Regierung zur Ruhrfrage dar und wies darauf hin, daß sie den blutigen Gewalttaten fern stehe, zu denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete in der Besatzung über das Gebot der Gewalttätigen getrieben wurde. Die deutsche Regierung könne meistens nicht einmal das Umfassen und den Charakter der blutigen Zwischenfälle im besetzten Gebiet genau feststellen lassen, da sie von besten Verwaltungen ausgeschlossen sei. Sie wisse nicht, ob das jüngste Unglück die Folge eines Sabotageaktes oder irgendeines unglücklichen Zufalles sei, da sich der Verkehr in diesem Gebiet unter außerordentlichen Umständen abspiele. Der deutsche Vertreter hat den Papst auch um Aufklärung der Verurteilung der Auslieferung eines einzelnen belgischen, wie seine Regierung nach dem Vorfall annehme. Diese Aufklärung wird nun durch eine Mitteilung aus dem Vatikan bestätigt, wonach es ein Verum wäre, die Vorstellungen des belgischen Vertreters in Berlin als eine Bestätigung der Verurteilung des passiven Widerstandes zu betrachten. Der Papst habe sich nicht dagegen ausgesprochen, noch die deutsche Regierung zur Aufgabe des passiven Widerstandes auffordern wollen, da er sich über den deutsch-französischen Gegensatz stelle.

Volkssdienst ist Volksoffer!
Darum geht weiter zum
Deutsche Volksoffer!

Die Montanindustrie für unbedingtes Durchfallen.

Berlin, 4. Juli. Die Montanindustrieversammlung des Berges, deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die heute in Berlin stattfand, war aus allen Teilen des Reiches gut besucht; nur die Mitglieder aus den besetzten Gebieten mußten infolge der neuesten Besatzungsmaßnahmen den Einrückungsmärsch zum großen Teil fernbleiben. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Ing. Wilhelm Meyer, Groß-Industrie, erinnerte an die Besatzung des deutschen Volkes infolge der Beschlüsse aus dem Vertrage von Versailles, insbesondere den Mangel an Brennstoffen, der die Industrie fast lähmend und durch die Befragung des Ruhrgebietes noch wesentlich verschlimmert worden ist.

Wichtiges durch den Feindverbleib im Ruhrgebiet lagte der Redner in martialischen Worten die Untertanen des Versailler Vertrages als bewachte Arbeiter der Schuldlinge an. In seiner innigen Teilnahme gilt den Volksgenossen im besetzten Gebiet, den Engländern im Ruhrgebiet, den Mannern aus den Kreisen des Berges, die es nötig dafür zu haben, daß sie Deutsche sind. Diesen Worten gegenüber ist jedes Opfer, das das unbesetzte Gebiet bringt, ein Kinderopfer, und tatsächliche Unterstützung der Arbeiter und Schmelzen an Rhein und Ruhr hat und. Die einzige Maßnahme, die der passive Widerstand und die Einmütigkeit des deutschen Volkes: nur so kann man die deutsche Lande wieder zur Freiheit bringen und ihnen helfen, sich empfehlen zu können.

Schwere Sanktionen über Duisburg.

Paris, 4. Juli. Nach einer Zusammenkunft mit Wachen ist wegen der Duisburger Explosion im Einverständnis mit dem belgischen Kriegsminister die Stadt Duisburg mit

Der gefährliche Neutralisierungsgedanke.

Einer der schwersten, vielleicht der schwerste Fehler der englischen Politik war es, einen Vorschlag zur Neutralisierung der Rheinlande zu machen. Neutralisierung im dem Sinne, daß im Rheinland und einem 50 Kilometer breiten Streifen rechts des Rheines kein deutsches Militär mehr gehalten werden dürfe, daß diese Demilitarisierung durch eine internationale Gendarmarie überwacht und durch eine internationalisierte Kontrolle der rheinischen Grenzen gesichert werden sollte. Und es war gefällig einer der höchsten Schwachpunkte der französischen Politik, diesen Gedanken der Neutralisierung als das Mindestmaß der Garantien zu bezeichnen, die für die Sicherheit Frankreichs notwendig seien.

Aus welchen Gedanken und Zielen der englischen Politik ist dieser Gedanke der Neutralisierung der Rheinlande geboren? Es konnte den Engländern unmöglich verborgen sein, daß sie damit zu einem gefährlichen Experiment griffen. Der Zweck war zu durchsichtig: England wollte durch das Mittel der Neutralisierung die französischen Truppen vom Rhein abdrängen; wollte eine neutrale Länderstreife zwischen den alten Gebirgen schaffen, eine neutrale Länderstreife, die oben im Nördlichen an Holland und Luxemburg und unten an die Schweiz ein für allemal ein unüberwindliches Hindernis für die französischen Kavallerie bilden sollte. Damit aber wäre die englische Vorherrschaft über Europa wieder hergestellt und auf absehbare Zeit gesichert gewesen. Lloyd Georges Vorschläge für einen „Garantievertrag“, für einen „Pakt der Nationen“, für einen „Gottessfrieden“ hatten dasselbe Ziel im Auge. In Frankreich erkannte man die englische Absicht sofort und stellte die Gegenforderung: die französischen Truppen bleiben so lange am Rhein und behalten Handlungsfreiheit, bis Deutschland alle Schuld bezahlt hat. Ist das geschehen, dann muß die Sicherheit Frankreichs durch eine Neutralisierung der Rheinlande gesichert werden. Das heißt auf gut Deutsch: wir bleiben solange am Rhein und marschieren und besetzen soviel Ruhr wollen, bis die Annexion des Rheinlandes gesichert ist.

England muß einsehen, daß seine politische Rechnung falsch ist. Eben hat Poincaré im Senat England die entsprechende Antwort nochmals gegeben und abertausendmal herauf und herab den Vorschlag wiederholt, die Verträge Europas und fassen um den Zweifel um die englische Politik, das ist der kurze Inhalt der Rede Poincarés. England muß also sehen, daß seine Politik und Diplomatie gescheitert ist. Mit den bisherigen Mitteln und auf dem bisherigen Wege ist nichts zu erreichen.

Ingenieur aber ist der Gedanke einer Neutralisierung der Rheinlande in der Welt auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Welt ist müde des ewigen Streites zwischen Deutschland und Frankreich. Sie sieht, daß Frankreich von Rhein nicht weichen will. Um nun endlich zu einem Frieden in Europa zu kommen, ist man geneigt, Frankreich die Konzeption der Neutralisierung der Rheinlande zu machen. Und dabei glaubt man, was wunder für einen klugen diplomatischen Streich zu tun. Zudem wußte bis jetzt die französische Politik mit Hilfe von Dorez und Smeets immerhin den Schein einer sogenannten rheinischen separatistischen Bewegung aufrecht zu erhalten. Mit voller Abhängigkeit hat die englische Politik durch die „Eberwieser“-Entscheidung diesem Streichverding die Maske heruntergerissen. Soll das eine neue Art der englischen Politik antworten?

Wie dem auch sei, für das deutsche Volk ist eine Neutralisierung der Rheinlande unannehmbar. Es ist überflüssig zu fragen, warum. Sie ist vor allen Dingen unannehmbar für die Rheinländer selbst. Sie sind es, daß über sie bestimmt und gezwungen wird. Man darf ihnen die furchterliche 15jährige Befreiungszeit vertraglich auferlegt, man hat sie der Gewalt der schillimierten Feinde ausgesetzt. Sie wollen sich nicht länger trennen und beschützen lassen. Sie wollen endlich frei werden, sie wollen nicht mehr das Schicksal und Freiheitsobjekt von Reparationsmilliarden und Garantieforderungen sein. Sie verlangen das unverfälschte Selbstbestimmungsrecht.

einer Schuldfrage von dreißig Milliarden Mark belegt worden.

Ein Schüler erschaffen.

Dann, 5. Juli. Beim Heberfahren der Opern in der Nähe von Herne-Landbrunn wurde ein 13jähriger Schüler aus dem breslauer Kreis erschossen.

Ins Ober wird gemeldet, daß an der Schießerei in Marz. bei der zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter verwundet wurde. Beteiligte Elektromonteur und ein Mann wurde gestern mittag als Zeuge geboren. Im Anschluß daran erfolgte die Freilassung der als Zeugen fest-

Das Meisterwerk des Salomi.

Reinhaltsroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921
by Carl Decker, Berlin.
Nachdruck verboten.

[30]

Freud blinnte sich um. Der Maler lag regungslos auf dem Rücken, der Kopf vornüber. Seine Hände hielten ein Bündel mit Kaufmannsrechnungen, aus der Wunde war Blut geflossen, der Dolch mußte eine Schlagader getroffen haben, denn nicht nur wenige Tropfen waren ausgetreten, sondern fast wie ein kleiner Brunnen hatte sich das Blut ergossen, es war hoch bis zur Decke aufgespritzt und verbreitete sich nun auf dem noch teppichlosen Fußboden als dunkle Lache.

Er beugte sich über den Maler. Als er den Kopf auf dessen Brust drückte, hörte er ein ganz leises Atmen. Er lebte.

Was nun? Rätselfisch fiel Freuds Auge auf ein kleines Etui, das dem Maler beim Hinfürzen aus der Tasche gefallen war. Er öffnete, — es war eine Morphiumspitze und ein kleines Fläschchen mit dem Betäubungsmittel.

Freud nickte. Der Maler war Morphinhint. Das kam ihm zuhatten. Schnell füllte er die Spritze mit einer großen Dosis — einem anderen hätte sie tödlich sein können, aber der Mann war ja gewohnt.

Er freilgte des Malers Armeel zurück — er selbst hatte oft in ähnlicher Weise Betäubung der Nerven gesucht — er wußte Bescheid. Als die spitze Nadel in die Haut trat, suchte der Schmerzlos zusammen. Die Augen öffneten sich hingelockt, aber sie fielen gleich wieder zu.

Nun stand Freud auf — der war unschädlich — die Dosis mußte ihn auf Stunden in Schlaf halten, und wenn er etwas bemerkte, das Mittel konnte wiederholt werden!

Zunächst steckte er die Morphiumspitze vorsichtig in Alfonso's Tasche zurück. Er hatte für die Einspritzung die linke Hand gewählt, da konnte es leicht glaubhaft sein, daß der Maler sie selbst gemacht habe, besonders, da es nicht die einzige kleine Narbe war, die am Arme vorhanden waren.

Nun war Freud ganz ruhig, jetzt hatte er Zeit. Zunächst eilte er hinunter und legte an der Bordwand noch dem innen den Riegel vor. Jetzt war er vor jeder Ueberraschung sicher. Noch einmal — diesmal mit Absicht — tauchte er seine Hände in das geronnene Blut und wuschte sie an den Kleidern des Malers ab, aber nur die Handrücken, er hüte sich, seinen Daumen, der auf der Folie schon 'bekannt' war, mit abzuprägen — in ja etwas war Freud Willon kein Neuling.

Denn wußte er sich im Schlafzimmer in der Waschklosette, die mit laufendem warmen und kaltem Wasser versehen — den Ofen hatte der vorige Portier vor seinem Auszug noch geheizt — sorgfältig die Hände und überzeugte sich, daß auf seinen Kleidern nicht das geringste Spritzengetöse zu sehen war. Nun also das Geld.

Er wollte eben den Geldschrank von seinem Inhalt befreien, da sah er des Rentiers Briefstapel an der Erde liegen. Sie war ihm wohl bei dem Sturze aus der Tasche gefallen.

Er hob sie auf und öffnete. Teufel — die Umstellung über die Willon!

Schnell barg er sie in seiner eigenen Tasche und jetzt mit dem anderen wichtigsten das Bargeld — mit den Effekten sich zu belasten, hatte ja keinen Zweck.

Da sah er das kleine Geheimbuch. Er schlug es auf — auch das konnte interessant sein — er hatte ja nun keine Veranlassung mehr, umhinzugehen.

Er sah die genaue Aufstellung des gesamten Vermögens — nur die Willon fehlte.

Er überlegte. Natürlich — er konnte mit Leichtigkeit jetzt den Geldschrank ausräumen, er konnte ja auch dieses Geheimbuch einfach vernichten, aber daß Schumann Geld und Geldeswert in seinem Schrank haben wußte, das war wohl bekannt. Auch, daß er Bargeld hatte, wenn dies fehlte und man bei dem Maler auch nichts fand, dann konnte man doch eher an einen Dritten glauben, zumal der Maler sicher leugnete.

im Effekt, und von dem Erbes Hand stieg ein schwacher, natürlich Schumann hatte sich gehütet!

Und eine Million war schließlich genug.

Er beschloß, alles andere unangefast zu lassen, dann aber machte er sich daran, die Zimmer wieder in Ordnung zu bringen. Zumal das Schlafzimmer, in dem sie vorher gerungen hatten. Er stellte die Stühle zurecht, zog den neuen Vorhang, den Schumann abgerissen, ganz zur Seite, so daß man es nicht bemerkte, und suchte nach dem Revolver. Er konnte ihn nicht finden. Er lag offenbar ganz hinten unter dem sehr schweren Büfett — schließlich — was lag daran? Es war Schumanns Revolver, und der Word war ja durch ihn nicht gefahren.

Jetzt also war wohl alles in Ordnung. Als er sich noch einmal umblickte, kam ihm ein neuer Gedanke, der ihm das Blut wider durch die Wern räumen ließ.

Schumann war tot, tot ohne Hinterlassung von näherem Erben, er war kein Heffe — er — er also war ja der Erbe des ganzen Vermögens, des Schloßes — seiner ganzen Habe geworden!

Oder hatte der Alte ein Testament hinterlassen? Noch einmal griff er zu dem Geheimbuch war es im Geldschrank, dann mußte es dort vergraben sein. Er blätterte zurück.

Natürlich, da stand es verzeichnet.

Vorsichtig öffnete er die einzelnen Schubfächer, die Schlüssel war ja da.

„Mein letzter Wille, nach meinem Tode durch den zuständigen Richter zu öffnen.“

Auch dieses Kubert verfenkte er in seine Tasche. Freilich, wenn es vernichtet wurde, und alles andere war da —

Deshalb dachte man wohl nicht an einen Dritten, der einen Raubmord beging, nur um das Testament zu hehlen und würde glauben, daß er es an anderer Stelle deponierte. Und doch, das konnte ihm Schwierigkeiten bereiten, jedenfalls die Erbschaft verzögern, da man erst überall suchen würde.

(Fortsetzung folgt).

TIVOLI.
Heute zum letzten Male
Die
schwarze Schmach
Freitag bis Sonntag
**Der Schmied
von der Ruhr.**
Anfang 8 Uhr.

Freiw. Feuerweh.
Montag, den 9. Juli
1923, abends 7 1/2 Uhr:
Korpsübung.
Das Kommando.
Vogelbauer mit Ständ
(Aufbau) u. ein Hebe-
baum zu verkaufen. Wo?
zu erfrag. l. d. Exp. d. Bl.

**Rennen
in Halle**
Sonntag,
den 8. Juli,
nachmitt. 3 Uhr
Flach- und Hindernisrennen.
Gesamtprize: 35 Millionen.

TIVOLI.
Heute zum letzten Male
Die
schwarze Schmach
Freitag bis Sonntag
**Der Schmied
von der Ruhr.**
Anfang 8 Uhr.

1. Hartlobstverpachtung
der hütischen Anlagen am Dienstag, den 10. Juli
1923, vormittags 10 Uhr im Rathaus am Markt.

2. Schilfrohrverpachtung
am Mittwoch, den 11. Juli 1923, vorm. 10 Uhr.
Sammelplatz: Brauerei-Sportplatz.
Alles Nähere ist im Stadtbauamt zu erfahren.
Merseburg, den 5. Juli 1923.
Der Magistrat.

Die Merseburger Banken, Bankiers und Sparkassen
beehren sich, davon Mitteilung zu machen, daß
sie künftighin Aufträge, deren Beträge nicht auf
volle 100 Mk. lauten, in der Weise zur Ausführung
bringen, daß die Beträge auf volle 100 Mk. nach unten
abgerundet werden. Soweit seitens der Kundschaft
Sammelanträge erteilt werden, zum Beispiel in der
Weise, daß mehrere Entnahmen avisiert oder mehrere
Schecks und Wechsel zur Gutschrift übersandt werden,
wird sich die Abrundung nicht auf die gesamte Summe
der Geschäftsvorgänge, sondern auf jeden einzelnen
Vorgang, d. h. auf jede einzelne Entnahme und jede
einzelne Remesse erstrecken.

Die Unterzeichneten erlauben sich an die Kund-
schaft das Ersuchen zu richten, ihnen bei der Er-
ledigung ihrer bankmäßigen Transaktionen künftighin
Beträge, die nicht auf volle 100 Mk. lauten, nicht mehr
anzugeben und schon jetzt dahin zu streben, daß im
Scheck- und Wechselverkehr die Ausschreibung von Be-
trägen unterbleibt, die nicht restlos durch 100 teilbar sind.

Merseburg, im Juli 1923.

Kinderfest Markranstädt.
Das größte Schulfest im Leipziger Kreise
findet am 8. u. 9. Juli ds. Js. statt.
An beiden Festtagen gr. Festzug mit
Preisrähel-Festwagen! 6 richtige
Gehänge, reichhalt. insgesamt 60000
als Preise. Turn, Massenauflöb.,
Volkskaste, Riesenfeuerwerk,
Große Volksbelustigungen,
Tanzspiele.

M. R. G.
Freitag,
den 6. Juli
d. ds. abds.
8 1/2 Uhr:
**Monats-
Derjammung**
im Bootshaus.
Stadttheater Halle
Donnerstag, abds. 7 Uhr:
Siegfried.
Freitag, abds. 7.30 Uhr:
**Eine Nacht in
Venedig.**

**Obstverpachtung
der Oberförsterei Halle a. S.**
Am Sonnabend, den 21. Juli 1923, vorm.
9 1/2 Uhr, soll im „Schäffischen Hof“ in Merseburg
(Stadthaus) der diesjährige Obstanhang der
Försterei Merseburg öffentlich meistbietend ver-
pachtet werden. — Bedingungen im Termin.
Oberförsterei Halle a. S.

**Die Merseburger Banken,
Bankiers und Sparkassen.**

Sauer- u. Südkirschen
kaufen jedes Quantum
Groß & Co., A. m. G. H.
MERSEBURG.

**Friider
Dien**
zu kaufen gesucht
Effert unt. J. 3 25
an die Exped. d. Bl.

Preise für markenfrees Gebäck!
1 Brötchen 600 Mark
1 Semmel 1200 Mark
1 Brot (1900 Gr.) 15000 Mark
Die Preise treten sofort in Kraft!
Bäcker-Zunung Merseburg.

Ausländer
sucht per sofort
gut möbl. Zimmer.
Angebote unt. 468/23 an
die Geschäftsst. d. Bl. erbet.

Einm. möbl. Zimmer
sucht älterer Herr (Uhr-
macher). Effert. erb. unt.
459/23 an die Exped. d. Bl.

**Gestrickte
Damen-Jacken**
in Wolle und Kunstseide
Junper — Blusenschoner
Berchtesgadener - Jäckchen
empfehlen in reicher Auswahl und
vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachfl.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Rollwand,
ca. 3,50 m lang, zu kaufen
gesucht. Angebote erbeten
an die Geschäftsstelle d. Bl.
unter 467/23.

Telegraphenmaß
ca. 25 cm stark, 10 m hoch,
preiswert zu verkaufen
Sältertrike 4.

Eleganter Frack
mit Hute, 3 mol getr.,
für filante Figur, 1,85 m
ar. zu verkaufen.
Anfragen unter 451/23 an die
Geschäftsst. d. Bl. erb.

offrieadisches Milchvieh
in nur allerbesten Qualitäten
bei mir zum Verkauf.

L. Nürnberger
Tel. 28. Merseburg. Tel. 28.

Gold Silber, Platin
(Bruch), Zahns-
gehülfe, Brenns-
litze, kaufz zu höchst. Tagespr.
Holland, Halle-S.
Schülersch d. d. Markt fohdar

**Stroh
Wiesen- u. Kleeheu**
kauft laufend jeden Posten
Leipziger Westendbaugesellschaft.
Leipzig-Lindena. Lützenstrasse Nr. 164.
Fernsprecher 43 187.

Der freie Kaufmann
hat die höchsten Verdienste und kann sich gegen
Geldentwertung schützen durch Uebernahme des
amtlich erstklassigen Artikels! Nächste
laufend aufz. und
Provision. Selbstständigkeit erstrebende Herren mit
ca. 1 1/2 Millionen f. Vager m. f. unter O. A. 6216
an Bernhard Arndt, Amt. Exped., Berlin W. 8.

Wanzen tötel Nicodaa.
Schwaben tötel Nicolshwab.
Zentr.-Drog. Kupper, Markt 17.

TIVOLI.
Heute zum letzten Male
Die
schwarze Schmach
Freitag bis Sonntag
**Der Schmied
von der Ruhr.**
Anfang 8 Uhr.

TIVOLI.
Heute zum letzten Male
Die
schwarze Schmach
Freitag bis Sonntag
**Der Schmied
von der Ruhr.**
Anfang 8 Uhr.

Junger Kaufmann
sucht sofort Stellung
für leichte Büro-Arbeiten
Paul Luder, Merseburg
— Brotfußstrasse 8.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett, dir.
in Private, kantig, 59 c. frei.
Eisenmöbelfabr. Suhl (Th.)

Zücht. älter. Mädchen
oder einfache Stütze
für gut bürgerlichen Haushalt bei zeit-
gemäßer Lohn sofort od. später gefucht.
zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

TIVOLI.
Heute zum letzten Male
Die
schwarze Schmach
Freitag bis Sonntag
**Der Schmied
von der Ruhr.**
Anfang 8 Uhr.

Beilage zu Nr. 155 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 5. Juli 1923

Wirtschaftliche Umschau.

Wie sich durch den vorübergehenden Rückgang der Devisenkurse eine letzte Steigerung in der Preissteigerung der Einfuhrwaren feststellen, so feste das Preisniveau der Inlandswaren keine Anpassung an den gesunkenen Geldwert fort. Demzufolge hat sich das Gesamtpreinsniveau weiterhin gehoben und zwar nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 41 Prozent für die Zeit vom 15.—25. Juni. Die Lebensmittel stiegen um 46 Prozent, die Industriegüter um 35 Prozent, die Einfuhrwaren um 14 Prozent, während die reinen Inlandswaren um 52 Prozent stiegen. Die Lohnbewegungen, die die Preisrevolution des Monats Juni hervorgerufen hat, scheinen überall günstig zu sein. Man hat offenbar auf Arbeitsgeberseite sich zu weitgehenden Lohnaufbesserungen entschließen können. Auch in der niederschlesischen Landwirtschaft, wo der Landarbeiterstreik beilege ist, sieht die Regelung der Lohnfrage hervor. Was die grundsätzlichen Erörterungen über die in der nächsten Zeit zu befolgende Lohnpolitik anbetrifft, so sind die Beratungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft, deren Austausch in vertraulichen Sitzungen die Lohnfrage behandelt, noch nicht abgeschlossen. Inzwischen verläßt die Regierung durch die verschiedenen Maßnahmen, die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Tagen zu halten. Der Verkehr auf dem Markt für fremde Zahlungsmittel ist neu geregelt worden, vor einiger Zeit sind eine Reihe von Bankgeverordnungen erlassen worden, die das bisher geltende Währungsrecht zusammenfassen und ordnen. Allerdings haben die Ausführungen dieser regierungsseitigen Verfügungen auf große Hindernisse, deren härtestes die Haltung der Disputationsmächte im besetzten Gebiet ist. Der General Deputat und ebenso die Rheinlandkommission haben nämlich die Devisenverordnungen vom 8. Mai und 22. Juni für „nicht anwendbar“ im besetzten Gebiet erklärt. Dadurch besteht nach wie vor das bestimmte Loch im Westen, und der schwarze Devisenhandel kann im besetzten Gebiet blühen und gedeihen, alles unter der Ehre der Franzosen, die selbstverständlich das größte Interesse daran haben, daß die Entwertung der deutschen Papiermark nicht aufgehalten wird, und daß die deutsche Volkswirtschaft nur ja nicht Atem schöpfen kann. Daneben haben die Franzosen fort, deutsche Banken im besetzten Gebiet auszurauben, um mit diesen gestohlenen Papiermilliarden an den Auslandsbörsen zum Schaden der deutschen Balcia zu operieren. Ja, selbst damit geben sie sich nicht einmal zufrieden, sie legen auch Fallminnerverwaltungen an.

Bei der fortwährenden Geldentwertung wächst naturgemäß der Einnahmebedarf des Reiches immer mehr. Vor kurzem hat der Reichstag erst die einmalige Erhebung

(in zwei Raten) eines vielfachen der Zmangsanleihe zur Finanzierung der Brotgetreidebeschaffung im kommenden Getreidejahr beschlossen. Der Steuerausfluß des Reichstages beschloß die Erhöhung der Zölle einer Reihe von Verbrauchssteuern, die Beseitigung der Augustvorauszahlungen, auf die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer. Weiterhin hat das Reichswirtschaftsministerium dem Ausfuhrabgabenausschuß des Reichswirtschaftsrates einen Entwurf zur Erhöhung bzw. Wiedereinführung der Ausfuhrabgabe zugehen lassen. Dieser Entwurf sieht einmal eine Einschränkung der erst vor kurzer Zeit neu aufgestellten Ausfuhrfreileite vor, sowie Anzuschläge zur Ausfuhrabgabe. Ferner hat die Reichspostverwaltung den Tarifausfluß des Verkehrsministeriums, der am 3. Juli zu einer Sitzung zusammentritt, eine weitere Erhöhung der Tarife vom 1. August ab vorzuschlagen. Nach diesem Tarifentwurf würde ein Fernbrief 1000 Mark kosten, die Fernsprechkosten auf das 3-fache erhöht, und die Telegrammgebühr verdreifacht werden. Bekanntlich trat bereits am 1. Juli eine schon beschlossene Tarifierhöhung bei der Post in Kraft, nach der ein Fernbrief 300 Mark kostet!

Während sich vorübergehend auf dem Devisenmarkt eine leichte Entspannung bemerkbar machte, zu der erstens der Anruf des Reichswirtschaftsministers Dr. Beder an den Handel und an die Industrie beitrug und zweitens die Möglichkeit der Beilegung der Devisenfrage durch die Reichsbank, zeigt der Effektenmarkt durchweg eine feste Tendenz. Dazu trägt viel bei, daß von einer Geldmarkterhöhung, wie sie sonst mehr oder minder stark im denkwürdigen aufzutreten pflegt, keine Rede sein kann. Die Papiergeldmaßnahmen, die durch die erhöhten Gehalts- und Lohnzahlungen in den Betrieben stießen, haben, soweit sie nicht zu konsumtiven Zwecken oder zur Vorbeilegung mit Waren verwendet werden, eine möglichst wertbeständige Anlagemöglichkeit. Der Markt der unnotierten Werte sieht seit den letzten Tagen im Vordergrund des Interesses, abgesehen von einzelnen Spezialpapieren am Aktienmarkt, in denen Konzenzläufe vor sich gehen. Ebenso ist das Interesse des Publikums für die wertbeständigen Anleihen unvermindert groß. Die von der Stadt Berlin kürzlich aufgesetzte Roggenanleihe ist nicht weniger als 8½ mal überzeichnet worden. Danach darf man auch auf einen großen Erfolg für die neue von der Roggenrentenbank M. G. Berlin herausgegebene Roggenanleihe rechnen. Die genannte Bank gibt Rentenbriefe in Höhe von 100 000 Zentner Roggen zu 3 Prozent unter dem mittleren Preis für märkischen Roggen aus; die Zeichnungsfrist läuft vom 2.—7. Juli.

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Rapallovertrages haben zwischen den deutschen und russischen Sachverständigen begonnen. Man wird zunächst über den Abschluß eines Konsularvertrages verhandeln.

Ist Goldmark gleich Papiermark!

In den „VPM“ lesen wir: In dieser Frage hatte das Amtsgericht Leipzig als Vormundschaftsgericht Stellung zu nehmen. Einer Minderjährigen war eine Hypothek von 4000 Talern für den 30. Juni d. J. gekündigt worden. Zur Beilegung dieser Hypothek beantragte der gesetzliche Vertreter des Kindes die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Durch Beschluß vom 25. Juni 1923 lehnt dies die Genehmigung ab, „solange nicht feststeht, daß die Bilanzzahlung in einer den Vorschriften der §§ 241—245 § 607 Abs. 2 und 2 entsprechenden Weise erfolgt.“ Das Vormundschaftsgericht führt dann weiter aus:

Unter den heutigen Verhältnissen ist als zweifellos anzunehmen, daß der Schuldner die Summe in der jetzigen Papierwährung zurückzahlen will, und zwar mit 12 000 Papiermark, während die Schuld in Goldwährung zurückzahlen gewesen wäre. Aus diesem Grunde ist die Bilanzzahlung zur Zeit erfolgt. Der Schuldner müßte, um einen Betrag von 12 000 Mark in Goldwährung aufzubringen, eine Summe von mehr als 240 Millionen Papiermark zahlen, und das wird er nicht wollen. Die Schuld war eine solche in Italien, einer Münzstätte, die nicht mehr im Umlauf ist, und es trat deshalb nach §§ 645, 242 BGB nach Einziehung der Taler an ihre Stelle die entsprechende Summe von 12 000 M. in Goldwährung. Diese Summe kann nur durch eine Leistung in gleicher Art, Menge und Güte beglichen werden (§ 607 BGB). Durch die Zahlung in der jetzt im Umlauf befindlichen Papiermark in Höhe von 12 000 Mark wird dies nicht erreicht, weil die Papiermark der Goldmark nicht im Kurse gleichsteht. (Vgl. die Entscheidung des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 5. April 1923 und die Ausführungen des Reichsgerichtsrates Keller in den „Verlässiger Menschen Nachrichten“ vom 30. Mai 1923.)

Die Einwendung, daß durch die Befehle vom 9. August 1914 die Goldwährung durch die Papierwährung ersetzt sei und Zahlungen statt in Gold in dem im Gesetz bezeichneten Papiergeld erfolgen könnten (vgl. die neuerliche Entscheidung des Kammergerichts in Berlin), ist nicht haltbar, denn damit ist noch nicht gesagt, daß die frühere Goldschuld durch die gleiche Summe Papiergeld beglichen wird. Das Gesetz kann nur bestimmen, daß das zur Zeit anzunehmende Zahlungsmittel statt Goldgeld jetzt Papiergeld ist, aber es hat nicht die Macht, dem Goldgeld den gleichen Wert wie dem Papiergeld in gleicher Summe beizulegen. Das Wertverhältnis des Papiergeldes zum Goldgeld richtet sich nach dem Kurs und nach wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Reich erkennt selbst die Minderwertigkeit des Papiergeldes an, denn seine Behörden, Post und Bank, zahlen für eine Part Gold jetzt den äquivalenten Betrag an höheren Betrag in Papiermark.

Es würde unbillig sein und Freu und Glauben nicht entgegen, wollte man behaupten, daß eine Goldschuld in gleicher Summe in Papiermark beglichen werden könnte. Es wäre auch widersinnig, wenn das Gesetz auf der einen Seite den Gläubiger durch hypothetische Sicherheit vor

Berlin beobachten aber auf der anderen Seite gestatten würde, daß seine Forderung durch Eingabe einer wertlosen Scheinung juristisch gemacht würde. Daß dies nicht der Wille des Gesetzes ist, geht aus den Bestimmungen in §§ 241 bis 245, besonders 241 Abs. 2 (vgl. Kurswert) und § 607 BGB, klar hervor.

Damit nicht das Schuldverhältnis durch Zahlung in Papiermark erlischt (§ 364 BGB), wird die Gläubigerin die Annahme verweigern müssen oder zum mindesten sich dabei vorbehalten müssen, daß die Forderung nicht erlöschen sei und die Einlösung abbleiben müssen.

Mit dieser Entscheidung ist zweifellos noch nicht das letzte Wort zur großen Streitfrage gesprochen. Der Schuldner ist berechtigt, den Rechtsmitteln einzuschlagen und die Sache vor das Oberlandesgericht in Dresden zur Entscheidung zu bringen. Die Entscheidung trifft zwar nur für Sachsen zu, es ist aber anzunehmen, daß auch andere Länder sich ihr anschließen werden.

Politische Rundschau

Inflationistische Brotpolitik.

In dem soeben erschienenen zweiten Jahrgang der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ werden in einem Aufsatz „Die Inflationsfaktoren des amtlichen und freien Brotpreises“ auseinandergesetzt und dabei finden sich manche interessante Zusammenhänge und Befunde, die umso beachtenswerter erscheinen, als man bei dem offiziellen Charakter der Zeitschrift noch annehmen muß, daß die Veröffentlichungen mit Wissen und Willen der im Einzelfall zuständigen Ministerien erfolgen. Wir lesen hier: „So entstehen aus der Inflationssituation zwei Inflationsquellen: und zwar aus dem Preisrückgang sowie aus dem ungedeckten Teil des landwirtschaftlichen Produktionsaufwandes, der im ersten Jahre (der Umlage, also 1921/22) dauernd zunimmt, im zweiten Wirtschaftsjahre jedoch zu ungunsten des Preisrückgangs durch fortwährende Erhöhung des Umlagepreises in gewissem Grade beschränkt bleibt.“ Damit wird von amtlicher Seite nunmehr nachdrücklich das zugegeben, was die Vertreter der Landwirtschaft und die einschlägeren Kreise der bäuerlichen Bevölkerung bereits im Jahre 1921, als es sich um die erste Umlage handelte, als zwingende Notwendigkeit vorausgesetzt hatten. Auch sonst enthält die Abhandlung manche interessante Zusammenhänge, so insbesondere über die Minderbezahlung des Umlagegetreides. Es ist nur zu bedauern, daß in diesem Zusammenhang außer den beiden zugegebenen Inflationsquellen nicht auch die dritte entscheidende erwähnt ist, die in der Einengung der landwirtschaftlichen Produktion und dem dadurch erhöhten Einfuhrbedarf zu erblicken ist.

Ingenieurpolitische Debatte im Reichstag.

Berlin 4. Juli. Der Reichsthat des Reichstags bestimmte in seiner gestrigen Sitzung, daß das Gesetz über Aufwertung der indirekten Steuern, dessen Beratung ursprünglich für heute in Aussicht genommen war, erst am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Am Donnerstag wird der Reichsthat und einmal zusammen treten, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob in dieser Woche noch eine ingenieurpolitische Debatte stattfinden soll. Der Reichsthat hofft jedoch einen vorläufigen Abschluß in seinen Arbeiten machen und sich vertagen zu können. Es steht jedoch noch nicht fest, ob die Vertagung

sich nur auf eine kurze oder gleich auf längere Zeit erstrecken wird.

Entlassungszeugen für Judet.

Paris, 4. Juli. Am Freitag Abend wurde gestern die Weitervernehmung der Entlassungszeugen fortgesetzt. Nach den Generalen und dem Abgeordneten Koblentz, die vorgelassen von der Unschuld des Angeklagten Zeugnis ablegten, kam gestern der frühere Reichspräsident Sere de Lavergne zu Worte. Er erklärte, daß Judet der beste Patriot gewesen sei und sein ganzes Leben im Kampfe gegen Deutschland verbracht habe. Der frühere Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé erklärte als Zeuge, daß er stets ein politischer Gegner Judets gewesen sei, lieber den Spionagegeheim und Abwehrgeheim, der nach der Regierung Clemenceau eingetriget wurde, äußerte er sich abschlägig und erklärte, daß die sogenannten deutschen Dokumente, die durch diesen Dienst und mit Hilfe eines deutschen Spions beschafft wurden, noch einer genaueren Nachprüfung bedürftig hätten. Ein weiterer Zeuge, Senator und früherer Kriegsminister Bessimo erklärte gleichfalls, daß er Judet für einen sehr guten und aufrichtigen Patrioten gehalten habe.

Seit dem Auftreten der Entlassungszeugen ist ein schiebbarer Umschwung im Prozeß zu beobachten. Der Verteidiger kündigte für die kommenden Sitzungen weitere Überzeugungen an.

Ungarisch-magyarisches.

Ober: Regierungszweckgeder für die Wahlen.

Am vergangenen Donnerstag, dem 28. Juni, gab es in der Kammerführung in Prag, wieder ungetreue Vermisungen. Die so oft schon gab den Grund dazu die mehrwürdige Politik der ungarischen Regierung. Diesmal war nicht eine Vergehung gegen eine Minderheit der Grund, sondern nur erst der Versuch. Die Kommunisten machten Entwürfe über Wahlbezirksveränderungen in Karpatenland, die einen Verlust der Regierung, in größtem Ausmaß gefährdeten der Gemeindeführer herbeizuführen, darstellten. Die geheime Anweisungen der Regierung an die verschiedenen Behörden in Karpatenland und der Slowakei werden im Original vorgelegt. Nach diesen Dokumenten werden die Bezirksämter in Karpatenland aufgefordert, in jeder Gemeinde 2 bis 3 Vertrauensmänner auszuwählen, welche der Überprüfung treu ergeben sind. Diese sollen die Behörden von jedem wichtigen politischen Ereignis „verständig“, und mit Hilfe dieser Vertrauensmänner sollen die Gemeinden die kommenden Gemeindeführer beauftragen. Die Vertrauensmänner haben hierfür von den Behörden Geldentlohnungen zu erhalten.

Dies war der Inhalt des ersten Dokumentes. Der zweite vertrauliche Erlaß fordert die karpatenrussischen Behörden auf, in jeder Gemeinde Vertrauensmänner auszuwählen, die Männer für die Gemeindeführer anfertigen zu lassen. Er enthält gleichfalls die Erklärung, daß diese Leute aus dem Dispositionsfonds der Regierung für die zukünftigen Wahlen bezahlt werden können.

In dem dritten Geheimlaß werden die Behörden aufmerksam gemacht, daß die genannten Vertrauensmänner die größte Aufmerksamkeit den künftigen Wählerlisten zuwenden sollen und sich darum zu kümmern haben, daß nur staatsfreundliche Personen eingetragen werden! Es ist notwendig, heißt es in diesem Erlaß, daß das künftige Element überwiegend magyarisch, magyarisch oder kommunistisch

denken, sind nicht als staatsfreundlich anzusehen. Wo es keine vertrauenswürdigen Männer gibt, habe die Funktion des Vertrauensmannes der Gendarm zu übernehmen.

Auch ein Beitrag zu dem Schicksal und Weidensweg der Minderheiten, für deren Rechte eingetreten der Völkerverbund berufen sein soll.

Aus Provinz und Reich

Neuverurteilung eines Eiferjüngers.

Berlin, 30. Juni. Wegen versuchten Mordes hatte sich der Volkseigenheitsassistent Wilhelm Gehrt vor den Berliner Geschworenen zu verantworten. Der jetzt 53-jährige Angeklagte hatte bis dahin ein tadelloses Leben geführt und war bis zum Jahre 1918 ein liebevoller Gatte gewesen, bis ihm die Arbeiterin Anna Hoffmann, eine Waise, in den Weg kam. Zu ihr erkrankte er betagt in Liebe, daß er vollständig in ihren Bann geriet. Im vorigen Jahre lernte Anna Hoffmann aber einen Mann namens Wilhelm Müller kennen, der ihr die Ehe versprach. Dieser Umstand veranlaßte sie, ihrem verheirateten Liebhaber den Kaufpaß zu geben. Der Angeklagte wollte aber von ihr nicht lassen. Er schrieb ihr mehrfach Briefe und drohte ihr, daß er sie und sich erschließen müsse, wenn sie nicht mehr zu ihm zurückkehre. Anfang Juli vorigen Jahres erwarbte er die Frau vor der Fabrik, in der sie arbeitete. Aufsteigend war er ganz ruhig, gab ihr die Hand und verließ sie, er werde sie von nun an in Ruhe lassen. Als die Hoffmann abgenommen zur Fabrik zurückging, trat der Angeklagte ihr mit dem Messer in der Hand entgegen und gab, ohne ein Wort zu sagen, mehrere Schüsse ab, von denen einer die Frau leicht am Kopfe verlesete. Gehrt wollte dann die Waffe auf sich selbst richten, wurde aber von den herbeigeeilten Passanten daran gehindert.

Der Gericht erklärte der Angeklagte, daß er derartig im Liebesbann gewesen sei, daß er nicht gewußt habe, was er tue. Er sei ohnehin ein starker Trinker und habe sich in seiner Verzweiflung in jenen Tagen vollkommen unter Alkohol gesetzt. Seine Absicht sei gewesen, sich vor dem Augen seiner Angebeteten zu erschließen. Der Verteidiger betraf sich darauf, daß Medizinalrat Dr. Erdmer den Angeklagten seinerzeit beobachtet habe und zu dem Urteil gekommen sei, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat geistesverwirrt gewesen sei. Das Gericht verurteilte Gehrt zu einem Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Es wurde dem Angeklagten aber eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

Der Brand in Berlin.

Drei berühmte Fälle sind jetzt. Berlin, 29. Juni. Bei dem Brand in der Verbotenen Stadt sind drei berühmte Fälle zerstört und viele wertvolle Kunstwerke vernichtet worden. Der Kaiser soll den ersten Alarm um Mitternacht selbst gegeben haben, aber die Wächter sollen sich zuerst geweigert haben, die Feuerwehre zuzulassen, weil sie Wänderungen befürchteten. Als die Feuerwehre endlich erschien, waren bereits mehrere Gebäude zerstört. Schließlich wurde der Brand durch Wiederlegen kleinerer Gebäude gestoppt. Das Feuer wird auf kurzschluß zurückgeführt.

Eine entscheidende Erkenntnis hat der Bund sachlicher Staatsbeamten am 15. 4. 1923 abgelegt; im vorliegenden Bericht heißt es: